



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An die  
Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Beilagen

**LAD1-VD-17661/085-2013**  
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: [post.lad1@noel.gv.at](mailto:post.lad1@noel.gv.at)  
Fax 02742/9005-13610 Internet: <http://www.noel.gv.at>  
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug

BearbeiterIn  
Dr. Michael Hofer

(0 27 42) 9005

Durchwahl  
15337

Datum  
13. November 2013

Betrifft

Verordnung des Vorstands der E-Control über den Preis von durch die Ökostromabwicklungsstelle zuzuweisenden Herkunftsnachweise 2014 (Herkunftsnachweispreis-Verordnung 2014, HKN-VO 2014)

Die NÖ Landesregierung nimmt zum Entwurf einer Verordnung des Vorstands der E-Control über den Preis von durch die Ökostromabwicklungsstelle zuzuweisenden Herkunftsnachweise 2014 wie folgt Stellung:

### **Allgemeines:**

Der geplante Preis wird als zu hoch angesehen und entspricht nicht dem Marktumfeld. Seit dem Inkrafttreten der Herkunftsnachweispreis-Verordnung 2012 ist keine Steigerung beim Handelsvolumen für Herkunftsnachweise aufgetreten und sind die Marktpreise für Herkunftsnachweise weiterhin gesunken, weshalb der im Begutachtungsentwurf vorgesehene Preis von 1,0 Euro/MWh überhöht ist.

Für zugewiesene Herkunftsnachweise ist von der E-Control ein Marktpreis festzusetzen. Es hat sich dabei um einen Preis zu handeln, der am Markt zustande kommt, denn die

E-Control kann gemäß § 10 Abs. 12 Ökostromgesetz 2012 zur Marktpreisfindung sogar Herkunftsnachweise versteigern. Die Preisfindung erscheint nicht nachvollziehbar. Der Preis müsste unter 0,5 Euro/MWh liegen.

### **Zu § 1:**

Für die Generierung von Herkunftsnachweisen für Ökostrom nach § 10 ÖSG 2012 werden gemäß § 5 Abs. 1 Z. 15 ÖSG 2012 die in das öffentliche Netz eingespeisten bzw. an Dritte gelieferten Mengen herangezogen. Die Stromhändler bekommen die Herkunftsnachweise im Rahmen des Ökostromregimes in den – den Fahrplänen der jeweiligen Zeiteinheit zu Grunde liegenden – Aufteilungsschlüsseln der Stromhändler auf ihr Konto in der Stromnachweisdatenbank übertragen. Die Mengen dieser Herkunftsnachweise in der jeweiligen Zeiteinheit unterscheiden sich um die Ausgleichsenergie von den Mengen der Fahrpläne. Dieser Tatbestand besteht seit Einführung des Ökostromregimes in Österreich und spiegelt sich in den Ausführungen des § 10 Abs. 8 ÖSG 2012 mit der Formulierung „übertragenen Herkunftsnachweisen“ wider.

Den Stromhändlern sind nur jene Mengen an Herkunftsnachweisen gemäß § 10 Abs. 8 bzw. § 40 Abs. 1 ÖSG 2012 zu verrechnen, die auch nachweislich an diese übertragen wurden. Fahrplanwerte, die Ausgleichsenergie enthalten und keinen Nachweis über die Herkunft angeben, sind nicht heranzuziehen.

Die Mehraufwendungen, welche sich für die Ökostromabwicklungsstelle aus dem Ökostromregime ergeben, werden gemäß § 5 Abs. 1 Z. 24 und Z. 25 bzw. § 48 Abs. 1 und 45 Abs. 5 Z. 4 ÖSG 2012 mit dem Ökostromförderbeitrag und der Ökostrompauschale abgedeckt. Daraus kann geschlossen werden, dass die Förderkomponente für das Ökostromregime transparent mit dem Ökostromförderbeitrag bzw. der Ökostrompauschale abgedeckt werden soll. Die Höhe des Herkunftsnachweispreises hat demnach marktkonform und ohne Förderkomponenten zu sein.

Die Marktfähigkeit der Herkunftsnachweise aus dem Ökostromregime ist allerdings durch die Tatsache der ausschließlichen Verwendung für die Belieferung von Kunden im Inland gemäß § 40 Abs. 3 ÖSG 2012 stark eingeschränkt.

Die E-Control weist selbst darauf hin, dass ein Marktpreis von ihr festzusetzen ist. Die E-Control möchte allerdings von der per Gesetz eingeräumten Möglichkeit, einen geringfügigen Anteil an Herkunftsnachweisen zu versteigern, um so den richtigen Preis für die Herkunftsnachweise zu ermitteln, nicht Gebrauch machen. Begründet wird dies laut den Erläuterungen zur Herkunftsnachweispreis-Verordnung 2014 damit, dass von dieser Möglichkeit aufgrund der Komplexität und der Unsicherheit hinsichtlich brauchbarer Ergebnisse abgesehen wird.

Diese Vorgangsweise erscheint nicht nachvollziehbar, zumal die E-Control selbst ausführt, dass sie eine Umfrage unter österreichischen Marktteilnehmern durchgeführt und hier Handelspreise ermittelt hätte. Wieso diese Form der Preisermittlung sicherer sein soll als eine Versteigerung, ist nicht ersichtlich. Außerdem ist es vom Gesetzgeber vorgesehen, dass für die Preisermittlung ein geringfügiger Anteil an Herkunftsnachweisen versteigert werden kann. Der Gesetzgeber hätte diese Möglichkeit nicht vorgesehen, wenn er von einer Unsicherheit hinsichtlich brauchbarer Ergebnisse ausgegangen wäre.

Die Grundlagenforschung hinsichtlich der Preise für Herkunftsnachweise, wie sie sich aus den Erläuterungen der Herkunftsnachweispreis-Verordnung 2014 als Grundlage des aktuellen Verordnungsentwurfes ergibt, ist außerdem als mangelhaft zu bezeichnen: Die E-Control führt hier lediglich verschiedenste Quellen an, aus denen teils für Herkunftsnachweise angebotene, teils tatsächlich gehandelte Preise ermittelt worden sein sollen. Welche Mengen von den gehandelten Preisen betroffen waren, ist nur für zwei Fälle erwähnt.

Preisaufschläge von bis zu 25 Euro/MWh auf den Strompreis für Standardprodukte mit fossilen Primärenergieträgern mögen möglicherweise im Tarifikalkulator angegeben werden. Ob irgendein Kunde zu diesem Preisaufschlag, der nicht nachvollziehbar ist, auch tatsächlich einen Stromliefervertrag abschließt, ist nicht angegeben. Auch sind die Preise in den Vereinigten Staaten von Amerika für den österreichischen Markt und auch für den sonstigen europäischen Markt irrelevant.

Es wäre vielmehr zu ermitteln und darzulegen gewesen, welche österreichischen Herkunftsnachweise (Alter der Anlagen, Technologie) im Ausland Preise bis zu 4 Euro/MWh erzielt haben. Gleiches gilt für die in den Erläuterungen angeführten Preise für norwe-

gische Wasserkraft. Die angeführten Preise zwischen 0,5 und 1 Euro/MWh (in bestimmten Fällen sogar 2 Euro/MWh) sind nicht nachvollziehbar (und bestätigen sich auch aus den anderen in den Erläuterungen angeführten Quellen nicht). Bezeichnend ist, dass der letztlich vorgeschlagene Preis von 1 €/MWh in den Erläuterungen auch nicht näher begründet wird, sondern lediglich eine Reihe von Preisen angeführt wird und letztlich – unabhängig von den angeführten Preisen – ein Preis zur Bemessung herangezogen wird.

Herkunftsnachweise aus erneuerbaren Energiequellen für eine – mit der jährlichen Ökostromzuweisung vergleichbare – Menge sind durchschnittlich mit maximal rd. 0,5 Euro/MWh zu bepreisen.

Eine Zwangszuweisung zum überhöhten Preis von 1,0 Euro/MWh – bei gleichzeitigem Verbot der alternativen Vermarktung – würde unweigerlich zu einer Weiterverrechnung an die Endkunden führen.

NÖ Landesregierung

Im Auftrag

Dr. S e i f

Landesamtsdirektor



Dieses Schriftstück wurde amtssigniert.  
Hinweise finden Sie unter:  
[www.noel.gv.at/amtssignatur](http://www.noel.gv.at/amtssignatur)